

Streik der Schülerinnen und Schüler

Lautes Nein zum Krieg!

Auch in Dortmund blieben viele Klassenzimmer leer

Mehr als 55.000 Schülerinnen und Schüler haben am 5. Dezember vergangenen Jahres in über 80 Städten gegen das „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ gestreikt, das zeitgleich vom Bundestag verabschiedet wurde.

Schülerinnen und Schüler bildeten Streikkomitees. Viele von ihnen hatten in den Wochen davor Demonstrationen vorbereitet, Reden geschrieben, Plakate gestaltet, Umfragen durchgeführt und Mitschüler mobilisiert. Die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht begleitete die Streiks bundesweit. Der bundesweite Aktionstag zeigte, wie groß der Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist.

Auch in Dortmund blieben viele Klassenzimmer leer. Mit rund 1.000 Teilnehmern war Dortmund einer der erfolgreichsten Orte der bundesweiten Kam-

Von Hanfried Brenner

pagne. Auch hier bedurfte es wochenlanger Vorbereitung - unterstützt teilweise auch durch Schülervertretungen. Die jungen Aktivisten mussten Material für die Mobilisierung designen und erstellen, Flyer an Schulen verteilen, Mitschülern persönliche Anleitung geben, schulinterne und schulübergreifende Treffen organisieren und vieles mehr.

Zur Vorbereitung des Streiktages hatte es in Dortmund bereits am 1. Dezember eine Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmern gegeben. Unterstützung kam häufig (wie auch andernorts) von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Linksjugend solid.

Die Schülerinnen und Schüler haben Mut bewiesen. Sie streikten häufig trotz Repression und Drohungen von Kultus-

ministerien, Schulleitungen und Versammlungsbehörden. In einigen Fällen wurde mit Fehlzeiten gedroht und versucht, mit direkten Gesprächen einzuschüchtern.

Viele dieser Kinder wurden zum ersten mal politisch aktiv, haben sich Schilder gebastelt, teils sehr fantasievoll, hielten beeindruckende Reden auf den Streikdemos. Mehrfach wurde zum Ausdruck gebracht, man sei nicht bereit, für diesen Staat zu sterben oder zu töten.

Die Jugend demonstrierte nicht alleine. An vielen Orten wurden die Streikenden von Eltern und Lehrkräften unterstützt, etwa von der GEW, aber auch von Aktivisten der Friedensbewegung.

Die bundesweite Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht kündigte nach diesem erfolgreichen Kampftag einen weiteren solchen an: am 5. März 2026 werde es eine zweite Runde Schulstreiks geben.



Auch in Dortmund war der Schulstreik ein großer Erfolg. Unser Foto wurde auf der Streikdemonstration am 5. Dezember aufgenommen.



Auf ein Wort ...

BVB Kriegstüchtig?

Bernhard Münster,
Stadtteilgruppe West
der DKP Dortmund

Als die Mitgliederversammlung des BVB vom 23.11.25 kurz nach Mitternacht ihr Ende fand, konnte die Chefetage der BVB-Kommanditgesellschaft (KG), die unabhängig von dem Verein den Profi-Fußball steuert, keine Sektorknallen lassen: Der bisherige Geschäftsführer der KG, Herr Watzke, der im Herbst 2025 von seinem Amt zurückgetreten war und sich nun als Vereinspräsident bewarb, hatte sich nur mit Mühe durchsetzen können. Obwohl einziger Kandidat, erhielt er weniger als 60 % der Stimmen. Ein Minus-Rekord. Hintergrund für diese Stimmung war vornehmlich der im Mai 2024 hinter dem Rücken der Vereinsmitglieder abgeschlossene Werbevertrag der KG mit dem Kriegskonzern Rheinmetall aus Düsseldorf, der einmalig in der Bundesliga ist. Borussia Mönchengladbach hatte dies zuvor strikt abgelehnt. Rheinmetall war als faschistisches Staatsunternehmen für die Kriegswaffenproduktion entscheidend und bei der Ausbeutung von Zwangsarbeitern während

der Nazizeit führend. Der Vertragsabschluss hatte bereits auf der Mitgliederversammlung des BVB im Jahr 2024 zum Eklat geführt. Sie endete damit, dass sich die deutliche Mehrheit der Vereinsmitglieder (65 %) gegen den Deal und für seine schnellstmögliche Beendigung aussprach. Für Watzke - CDU Mitglied und Verehrer von Kanzler Merz - war dies unerheblich. Im Zuge der „Kriegstüchtigkeit“ – so seine offizielle Begründung – müsse auch der BVB Zeichen für die von den Herrschenden propagierte Aufrüstung setzen. Dabei spielte es für ihn keine Rolle, dass eine solche Haltung mit der Satzung/den Leitlinien des BVB unvereinbar ist. Irgendwelche Anstrengungen, den Vertrag mit Rheinmetall zu beenden, wurden nie unternommen. Dass sich dies bei der Wahl zum Vereinspräsident rächen musste, wurde Watzke bereits vor dem Wahltag klar. Es hagelte Proteste bei den Fans und aus der Friedensbewegung. Um zu retten, was noch zu retten war, machte er (verbal) eine Kehrtwende. Bereits im Vorfeld der Versammlung kommunizierte er, dass für ihn „der Beschluss der Mitgliederversammlung von 2024, da gibt es keine Interpretation, gültig ist“. Dass dies kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern konsequent umgesetzt wird, wird von dem weiteren Engagement der Fans und der Friedensbewegung abhängen. Herr Watzke wird seine Zusage ohne Druck nicht einhalten.

Aufrüstung auch bei der Polizei

Nun droht also der flächendeckende Einsatz des „Distanzelektroimpulsgeräts“, kurz Taser genannt, in NRW. Nach einer einjährigen Testphase 2021 in einigen Kreispolizeibehörden, darunter auch Dortmund, kommt das Gerät seit 2022 in knapp der Hälfte aller Kreispolizeibehörden zum Einsatz.

Zwei Gutachten liegen nun vor, die die Testphase auswerten und die wissenschaftliche Grundlage für eine politische Entscheidung zum landesweiten Einsatz bilden sollen. Sie kommen zu überwiegend positiven Ergebnissen – so sei z.B. die Zahl der Angriffe auf Polizist*innen deutlich gesunken.

In engem Schulterschluss mit CDU, AfD und FPD fordert auch die Gewerkschaft der Polizei:

„Jetzt ist der Zeitpunkt, zu handeln. Wer weiter verzögert, gefährdet Menschenleben.“

Welche Leben aber tatsächlich gefährdet werden, zeigt sich am Beispiel Dortmund sehr deutlich: durch Taser-Einsätze starben bereits 3 Menschen, 5 wurden schwer, 36 leicht verletzt.

Der Rechtswissenschaftler Prof. Andreas Ruch stellt fest, dass der Taser immer wieder gegen Personen in psychischen Ausnahmesituationen eingesetzt wird.

Von Petra Krug

Die Polizei würde oft gerufen, weil sozialpsychiatrische Dienste fehlen, oder finanziell und personell nicht ausreichend ausgestattet sind. Die für eine flächendeckende Taser-Ausstattung erforderlichen 10 Mio. Euro scheinen dagegen kein Problem zu sein.

Laut Gutachten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW stünde die Polizei vor zunehmenden Herausforderungen: „In den vergangenen Jahren haben insbesondere die vielfältigen Krisen wie die Corona-Epidemie,

die verstärkte Zuwanderung (...) sowie die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten zu dieser Entwicklung beigetragen.“

Hier sollten wir in Zeiten von Aufrüstung, Militarisation und Sozialabbau hellhörig werden. Denn auch laut Prof. Ruch ist zu befürchten, dass der Taser nicht nur zur Gefahrenabwehr dient, sondern im Zusammenhang mit Widerstandshandlungen „ein riskantes Einsatzmittel mit dem Potenzial der Normalisierung polizeilicher Gewaltanwendung“ darstellt.

★ ★ ★



Januar 2021: Rund 80 Menschen demonstrierten auf dem Platz der Josephkirche in der Münsterstraße gegen die „versuchsweise“ Ausrüstung der Polizei mit Tasern.

Krankenhäuser werden auf den Krieg vorbereitet

Sie wollen den großen Krieg

Von Udo Stunz

Die Vorbereitungen für einen Krieg gegen Russland laufen auf Hochtouren. Die Bundesregierung will das Land so schnell wie möglich kriegstüchtig machen. Es werden Milliarden in die Aufrüstung "investiert"; die Rückkehr zur Wehrpflicht ist beabsichtigt. Parallel dazu wird die "Zivile Verteidigung" im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) vorangetrieben.

In deren Mittelpunkt stehen die Krankenhäuser. Im Kriegsfall müssten sie täglich bis zu 1 000 Soldatinnen und Soldaten versorgen (s. "Grünbuch ZMZ 4.0 im militärischen Krisenfall").

Was im Kriegsfall auf die Beschäftigten in den Krankenhäusern und die Patienten zukommen wird, beschreibt ein streng vertrauliches Papier des Berliner Senats "Rahmenplan für die zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser" **. Solch ein Plan ist auch für die Krankenhäuser in NRW vorstellbar.

Der Rahmenplan beschreibt sechs Basis-szenarien von "erhöhtem Patientenaufkommen und funktionsfähiger Infrastruktur" bis zu "kriegerische Auseinandersetzung in Berlin" und "vollständige Evakuierung des betroffenen Gebiets (Berlin)". Im Ernstfall müsse der Klinikbetrieb radikal umgebaut werden: "Die Berliner Krankenhäuser müssen in der Lage sein, von Individualmedizin auf Katastrophenmedizin umzustellen".

Im Ernstfall müssten Kapazitäten für Verwundete geschaffen werden. Bereits aufgenommene Patienten sollen entlassen werden oder in Krankenhäuser mit "niederer Versorgungsstufe" verlegt werden. Auch sei zu prüfen, ob Patienten dieser Krankenhäuser (niederer Versor-

gungsstufe) entlassen werden können, um Betten für die Rehabilitation verletzter Streitkräfte vorhalten zu können.

Tatsächlich scheint den Verfassern des Rahmenplans bewusst zu sein, dass mit der jetzt schon knappen Personaldecke in den Krankenhäusern nicht gut Krieg führen ist. Sie schreiben: "Es ist zu prüfen, ob Nebenerwerbserlaubnisse bzw. genehmigte Nebentätigkeiten der Beschäftigten in den Krankenhäusern zurückzunehmen bzw. zu widerrufen sind, um einen reibungslosen Dienstbetrieb sicherzustellen." Dazu dient auch etwaige Flüchtlingsbewegungen aus anderen NATO- und EU-Staaten und die Binnenmigration zu berücksichtigen. Man will also Fachkräfte aus den Flüchtlingsströmen als Arbeitskräfte für Berliner Kliniken rekrutieren.

Kopfzerbrechen bereitet den Kriegsplanern auch die Finanzierung all der im Plan vorgesehenen Maßnahmen. Der Bund übernimmt keine Kosten. 70 % der Berliner Kliniken schreiben rote Zahlen. Die von Lauterbach eingeleitete "Krankenhausreform" wird zum Abbau weiterer stationärer Kapazitäten führen.

Zur "Information und zur Sensibilisierung" der Krankenhaus-Beschäftigten für die Kriegsvorbereitung wird eine Serie von Veranstaltungen durchgeführt. Auf der ersten dieser Veranstaltungen für die Charite heftig wurde heftig protestiert.

Notwendig ist die Gründung von Antikriegsgruppen durch die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Ihr Widerstand muss von außen unterstützt werden.

*<https://zoes-bund.de/publikationen/gruenbuch-zmz/>

**<https://fragdenstaat.de/dokumente/273086-rahmenplan-zvkh-berlin/>



Seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine vor bald 4 Jahren veranstaltet das Dortmunder Friedensforum jeden Mittwoch eine Mahnwache gegen den Krieg.

KURZ & BÜNDIG

Massive Gebührenerhöhungen durch die Stadt

Dortmunds Haushalte müssen 2026 tiefer ins Portemonnaie greifen. Die Stadt hebt die Gebühren für Müll, Abwasser und Straßenreinigung auf breiter Front an. Die Abwassergebühren steigen um etwa 6,9 %, dabei waren sie bereits für 2025 von 630 auf 742 Euro gestiegen. Die Müllgebühren erhöhen sich im Schnitt um 5,8 %. Ähnliches gilt auch für die Straßenreinigung, je nachdem ob es sich um innerörtliche- Anlieger- oder um überörtliche Straßen handelt.

Rechtsanspruch auf OGS-Plätze

Ab dem 1. August 2026 haben Erstklässler einen Anspruch auf ganztägige Betreuung in der Grundschule. Die Stadt Dortmund sagt zu, den Anspruch trotz schwieriger Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Dieser Anspruch wird jährlich ausgeweitet, sodass ab dem Schuljahr 2029/2030 alle Kinder in der Grundschule Anspruch auf einen OGS-Platz haben. Aktuell bietet die Stadt OGS- oder Übermittags-Plätze für rund 71% der Grundschulkinder in Dortmund. Damit liegt sie über dem NRW-Durchschnitt von etwa 54 %. Bis zum Schuljahr 2026/27 sollen weitere 1 000 neue Plätze entstehen. Weil die Nachfrage in Großstädten stetig steigt, plant Dortmund langfristig mit einer Vollversorgung. Dabei betont Schuldezernentin Monika Nienaber-Willaredt, dass sie nicht mit absoluten Zahlen, sondern mit dem Ziel von 100 Prozent plane, sodass die Versorgung unabhängig von wachsenden Schülerzahlen garantiert wird.

Die IGA 2017 wird immer teurer

Rund um die Kokerei Hansa wird die Gartenschau IGA 2017 vorbereitet. Die Kosten dafür steigen immer weiter. Der neue Eingangsbereich kostet statt ursprünglich kalkulierten 2,3 nun 4,95 Millionen Euro. Die Kletterskulptur „Wolke“ als Besucher-Highlight im Kokereipark verteuert sich von 3,3 auf 5,56 Millionen Euro. Die Kosten für die Brücke auf den Deussenberg steigen von 9,6 auf 13,6 Millionen Euro. Insgesamt schlagen die Investitionen für den „Zukunftsgarten“ nun mit mehr als 39 Millionen Euro zu Buche, der Eigenanteil der Stadt liegt bei rund 17,6 Millionen Euro. Der Rest wird durch Fördermittel von Land und Bund gedeckt. Ein anderer Kostenpunkt ist die Beteiligung der Stadt an der IGA 2027 Ruhrgebiet gGmbH, die offiziell Veranstalterin der Gartenschau ist. Die Stadt Dortmund ist an ihr aktuell mit 13,1 % beteiligt. Schon vor längerem teilte die Geschäftsführung der IGA gGmbH mit, dass 19,7 Millionen Euro mehr benötigt werden. Die Stadt müsste von diesen Mehrkosten 2,97 Millionen Euro übernehmen. Der Rat entscheidet im Februar über den Umgang mit den zusätzlichen Kosten für die IGA.



Hände weg von Venezuela!

In einer Presseerklärung des Parteivorstands der DKP zum Überfall der USA auf Venezuela heißt es u.a.:

„Die DKP verurteilt die völkerrechtswidrige und kriminelle Aktion der USA, durch die sie sich die weltweit größten Erdölvorräte aneignen wollen, und die sich auch unmittelbar gegen alle fortschrittlichen Regierungen der Region – insbesondere gegen das sozialistische Kuba – richtet. (...)“

Während China, Russland, Kolumbien, der Iran und viele weitere Länder die völkerrechtswidrige Aggression des US-Imperialismus verurteilen, schweigt die Bundesregierung bislang. Offenbar möchte die Außenpolitik des deutschen Imperialismus einen gebührenden Platz in der „US-Sicherheitsstrategie“ einnehmen. Die DKP erklärt hingegen ihre Solidarität mit dem venezolanischen Volk und seiner Regierung und ruft dazu auf, sich an öffentlichen Kundgebungen und Aktionen zur Unterstützung Venezuelas zu beteiligen und diese zu organisieren.“

Bild unten: Potestkundgebung am 7. Januar auf dem „Platz der Deutschen Einheit“ gegen den Überfall der USA auf Venezuela. Aufgerufen hatte das Dortmunder Friedensforum. Etwa 100 Menschen waren dem Aufruf gefolgt. Auch die DKP und die SDAJ unterstützten die Aktion.



Kontakt zur DKP

- ☐ mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- ☐ Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- ☐ Mitglied werden

Name
 Straße
 PLZ/Ort
 E-Mail

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an info@dkp.dortmund.de

UZ

Zeitung der DKP:
**Kommunistische
 Standpunkte,
 marxistische Analysen
 Woche für Woche!**

6 Wochen Probeabo
 Zeitung und Online-
 Ausgabe > gratis

**Das 6-Wochen-
 Probe-Abo endet
 automatisch.
 Dabei entstehen für
 Sie keine weiteren
 Verpflichtungen!**

CommPress Verlag
 Carol Schröder
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel.: 0201 177889-15
 (14h-18h)
 Fax: 0201 177889-28
 E-Mail: abo@unsere-zeit.de



Das Zitat

„Wie Präsident Putin deutlich gemacht hat, haben wir nicht vor, gegen Europa in den Krieg zu ziehen. Wir denken nicht einmal daran, das zu tun.“

Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation am 10. Dezember 2025

TERMINE der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 3. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.

> Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** *

> Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP Gruppe Nord-Süd** im Z**

* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o
 Deutsche Kommunistische
 Partei

Oesterholzstr. 27,
 44145 Dortmund,
Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
 30.12.2025

V.i.S.d.P.: Dave Varghese

Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!
 Sparkasse Dortmund
 IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
 Stichwort Spende

